

„Bis zum letzten Tag“

Ex-Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) fordert das Ende des gesetzlichen Rentenalters. Jeder soll in Zukunft selbst entscheiden, wann er aussteigt.

SPIEGEL: Herr Blüm, Sie sind 78 Jahre alt. Arbeiten Sie noch?

Blüm: Ich arbeite gern. Aber das ist nicht mein Verdienst, ich habe einfach Glück, dass ich noch gesund bin. Viele meiner Schulkameraden haben ihr Leben lang geschuftet und sind erschöpft. Die schaffen das nicht mehr.

SPIEGEL: Was lehrt uns das?

Blüm: Es gibt keine andere Lebensphase, die so differenziert ist wie das Alter. Die einen sind topfit, die anderen sind hilfsbedürftig. Deshalb eignet sich der dritte Lebensabschnitt nicht für Einheitslösungen.

SPIEGEL: Trotzdem gibt es bei uns ein gesetzliches Renteneintrittsalter. Mit 65 ist derzeit Schluss.

Blüm: Das ist falsch. Wir müssen es stärker dem Einzelnen überlassen, wann er aussteigt. So neu ist das auch gar nicht. Über Jahrhunderte gab es keine Altersvorgabe. Erst das Industriezeitalter hat diese starren Grenzen gezogen: im Gleichschritt marsch in den Betrieb, im Gleichschritt raus.

SPIEGEL: Aber die gesetzliche Rente ist seit Bismarck genau nach diesem Prinzip organisiert. Was müsste sich ändern?

Blüm: Wir brauchen keine starre Altersgrenze, die den Menschen vorschreibt, wann das Erwerbsleben endet. Wir müssen nur ein Alter festlegen, ab dem jeder das Recht auf seine volle Rente hat. Geht er früher in den Ruhestand, muss er Abschläge in Kauf nehmen. Wer länger arbeitet, kann seine Rente erhöhen. Die Menschen sind erwachsen genug, um selbst zu entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen. Heute dagegen funktioniert der Renteneintritt wie ein Befehl: Mit 65 raustreten!

SPIEGEL: Sie waren mehr als 16 Jahre Arbeitsminister. Warum haben Sie nicht für eine entsprechendes Gesetz gesorgt?

Blüm: Ich habe es versucht, aber ich bin an den Arbeitgebern und der FDP gescheitert. Die reden zwar gern über Flexibilisierung und Freiheit, aber wenn es um die Altersgrenze geht, verstecken sie sich hinter dem Sozialgesetzbuch. Andernfalls müsste nämlich jeder Arbeitgeber mit jedem Beschäftigten eine Vereinbarung über den Gang in den Ruhestand treffen und sich rechtzeitig Gedanken über langfristige Personal-



planung und Weiterbildung machen. Das ist vielen zu lästig. Es geht um eine Umkehrung der Beweislast. Bis jetzt muss die Weiterarbeit vereinbart werden. Andernfalls ist mit 65 Jahren Schluss, und zwar ohne Kündigungsschutz. Umgekehrt ginge es weiter, und zwar mit Kündigungsschutz.

SPIEGEL: Ihr Vorschlag benachteiligt aber diejenigen, die körperlich hart arbeiten. Die können nicht bis ins hohe Alter schufteten, also würde ihre Rente entsprechend niedriger ausfallen.

Blüm: Es geht nicht um Kollektivlösungen. Wenn du 40 Jahre lang Fliesen verlegt hast, kannst du nicht bis 70 arbeiten.

SPIEGEL: Wie wollen Sie dann verhindern, dass der Fliesenleger im Alter verarmt?

Blüm: Beispielsweise dadurch, dass er mit 60 Jahren in seinem Betrieb keine Platten mehr verlegt. Es gibt zu wenig altersspezifische Arbeitsplätze. Heute lassen wir die Leute bis zum letzten Tag voll arbeiten, auch wenn wir wissen, dass man es in ihrem Beruf so nicht bis zur Rente schaffen kann. Warum geben wir ihnen nicht vorher eine andere Arbeit? Warum gibt es so wenig Altersteilzeit? Mit Teilzeitarbeit und Teilrente könnten viele länger ihren Beruf ausüben. Derzeit geht das doch zu wie bei einer Versteigerung: 63, 65 Jahre, 67 Jahre, 70 Jahre – bietet einer mehr?

SPIEGEL: Der demografische Wandel lässt keine andere Wahl, als dass alle länger arbeiten müssen.

Blüm: Mit solchen Pauschalaussagen machen Sie den Leuten nur Angst, und es trifft nicht die Wirklichkeit. Es geht darum, differenzierter zu arbeiten und sachter in einen gleitenden Ruhestand zu gehen. Am Ende wird das dazu führen, dass viele Menschen länger arbeiten können – weil sie dann die passende Möglichkeit haben und deshalb auch wollen. Daher sind vor allem die Unternehmen in der Pflicht. Die Tarifpartner müssen die entsprechenden Regelungen schaffen.

SPIEGEL: Welche Rolle spielt die Politik?

Blüm: Sie setzt den Rahmen. Vor allem muss sie dafür sorgen, dass die Menschen sich ein flexibles Rentensystem überhaupt erlauben können. Wenn das Rentenniveau so absinkt wie geplant, ist die ganze Diskussion heiße Luft. Keiner kann sich bei niedriger Rente freiwillige Abschläge leisten. Das ist dann eine unfreiwillige Rentenkürzung.

SPIEGEL: Die Große Koalition geht einen anderen Weg und will die abschlagfreie Rente mit 63, für Menschen die lange gearbeitet haben.

Blüm: Die Rente mit 63 ist bereits ein Auslaufmodell, wenn sie im Bundestag verabschiedet wird. Denn in den kommenden 15 Jahren wird die Altersgrenze Schritt für Schritt wieder auf 65 Jahre angehoben und hat dann kein Problem gelöst. Das ist eine große Augenwischerei.

Arbeitszufriedenheit bei Erwerbstätigen

10: sehr zufrieden
0: sehr unzufrieden

